

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

104 (16.4.1921) Erstes und Zweites Blatt

Hinterbliebene ruhegehaltberechtigte Soldaten erhalten Witwen- und Waihengeld wie die Hinterbliebenen der Reichsbeamten und, wenn sie einen Anspruch auch nach dem Reichsverforgungsgesetz haben, die günstigere Versorgung.

Das Gesetz erscheint sorgfältig vorbereitet, sozial und volkswirtschaftlich gut durchdacht. Der Erfolg muß die Zweckmäßigkeit erweisen.

Eine neue Belebung erhält der Wehrgedanke, und so wird ein kleiner, aber nicht unwichtiger Stein zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes herbeigetragen. Aber nicht ein Volk im Volk darf die Wehrmacht sein — vor allem nicht die unfruchtbar, die durch das uns aufgezwungene Soldnerium wohl dazu neigen könnte — sondern in der gemeinsamen Einstellung auf die volkswirtschaftliche Bedeutung jedes einzelnen Deutschen sind starke Kräfte vom Heer zum Viraerium geschlagen. Durch Entnahme der besten Kräfte aus der Gesamtheit und durch Rückfluß brauchbarer Elemente in das Erwerbsleben kann eine weitere Grundlage für die innere Einigung unseres Volkes geschaffen werden.

Die bedeutenden Vorkämpfer, die oben erwähnt wurden, geben die Gewähr, daß es unseren auscheidenden Soldaten bei Willen und Arbeitsfreude möglich sein wird, auch nach der Dienstzeit nutzbringende Elemente der Gesellschaft und der Volkswirtschaft zu werden. Daß aber der Arel, den die Bestimmungen dieses Gesetzeswurfes auslösen, tüchtige deutsche Männer in genügender Anzahl zu den Bahnen rufen wird, daß sie in der Aussicht auf die spätere wirtschaftliche Sicherstellung vor allem brauchbare Soldaten abgeben und somit dem Reich die unbedingte Zuverlässigkeit seines ersten Machtfaktors gewährleisten. — In diesen Faktoren liegt eine bedeutende Wechselwirkung, die im Interesse von Volk und Staat nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Ein „vernünftiges“ neues Angebot.

Große Dinge sind in der auswärtigen Politik Deutschlands in Vorbereitung, aber die deutsche Öffentlichkeit erfährt darüber aus ihren eigenen amtlichen Quellen so gut wie nichts. Was man weiß, stammt aus Paris oder London. Seit drei Tagen hält das Reichskabinett Sitzungen ab, aber ihr Verlauf wird für streng vertraulich erklärt. Kommt es zu einem neuen deutschen Angebot in der Wiedergutmachungsfrage, so soll dessen Inhalt in Deutschland nicht mitgeteilt werden, bevor es den Alliierten übermittelte worden ist.

Der Schwerpunkt der Ereignisse liegt im selbständigen Vorgehen des auswärtigen Amtsgardins, das geiprochen, Briand hat abermals gedroht, die britische Regierung hat Deutschland angefordert, ein „vernünftiges“ neues Angebot zu machen, der diplomatische Augenblick ist günstig, und es muß in der Berliner Wilhelmstraße jetzt unbedingt etwas geschehen. Der zurzeit beinformierte Journalist Englands, Gardin, ein Intimus Lloyd Georges, hat schon am letzten Sonntag in seinem „Observer“ eine neue englisch-französische Krise in der Reparationsfrage vorausgesagt. Als dann Briand in seiner Drohung mit allem Nachdruck erklärte, daß Frankreich künftig nun seinen eigenen Weg gehen werde, erwiderte das offizielle England wiederum durch das Sprachrohr Gardins, Frankreich müsse unbedingt auch auf die englische Meinung achten, sonst ginge die Freundschaft eines schönen Tages in die Brüche. Das war der Auftakt. Die erste Paraphrase brachte das Neutembureau mit seiner an Deutschland gerichteten Aufmunterung, worin sich die britische Regierung als solche bewußt und ausdrücklich in Gegensatz zur Haltung Frankreichs stellte. Lloyd George will nicht wie Briand eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland durch Androhung neuer Sanktionen oder gar durch Kriegsdrohungen zum 1. Mai verhindern, sondern er wünscht die Vorschläge, die Dr. Simons angekündigt hat.

Man muß das Londoner Eisen schmieden, solange es heiß ist. Lloyd George ist durch den überaus ernst gewordenen Generalstreik soweit, daß er den kontinentalen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland keinesfalls auf die

Spitze treiben lassen will. Ihm kommt es als dem Vertreter der britischen Interessen in der Wiedergutmachung viel weniger auf die Zahlungen Deutschlands, als vielmehr auf die Erhaltung und Stärkung des Handels an. Auch hat ja die Wiederherstellungskommission in Paris zu ihrer eigenen Ueberraschung festgestellt, daß Simons letztes Angebot in London tatsächlich höher gewesen sei als der von der Pariser Konferenz geforderte Betrag. Ganz besonders frugig wurde man aber in Downing Street darüber, daß Briand mit keinem Wort auf Simons' Anfringung neuer Vorschläge einging, ja ihr wahrheitsgemäß in voller Absicht die Drohung neuer Gewaltmaßnahmen entgegensetzte. Diese Haltung Frankreichs bedeutet in den Augen des kühl beobachtenden Engländers nichts anderes als den Krieg, und ein solcher Anhang der derzeitigen Spannung löst auf jeden Fall verhindert werden.

Es wäre falsch, sich auf deutscher Seite Illusionen über die Größe des neuen Nisses innerhalb der Entente hinzugeben. Es ist im Grunde gar kein Nis, sondern nur ein Unterschied in der Politik. Diesen Unterschied liqa auszukünnen, ist die Aufgabe. Wenn es noch eine auswärtige Staatskunst in Deutschland gibt, wenn noch ein Schimmer Bismarckscher Diplomatie vorhanden ist, so muß es sich jetzt erweisen.

Englands Sorgen.

Der Streik des Arbeiterdreibundes widerrufen. (Eigener Drahtbericht.) London, 15. April. (Reuter.) (Nachmittags 4.15 Uhr.) Thomas hat bekannt gegeben, daß der für heute Abend angesagte Streik widerrufen wird.

Sir Arthur Fisher ermordet. (Eigener Drahtbericht.) m. London, 15. April. Die Blätter melden aus Dublin die Ermordung von Sir Arthur Fisher durch 30 Sineser. Das Haus wurde in Brand gesetzt und völlig zerstört.

England und die Petroleumversorgung der Welt. (Eigener Drahtbericht.) London, 15. April. Reuter erfährt in Bezug auf gewisse in amerikanischen Senat erfolgte Erklärungen über Großbritannien und die Weltpetroleumversorgung, daß die Besichtigung, die britische Regierung versucht, die Petroleumversorgung zu monopolisieren, vollkommen unbegründet sei. Eine Beschuldigung dieser Art erzeugt beträchtliche Ueberraschung und es sei wahrscheinlich, daß bald eine Erklärung seitens der britischen Regierung erfolgen werde, die sich mit dieser Behauptung befaßt. Die allgemeinen Folgerungen, die aus dieser Frage gegen die britische Politik gezogen werden, seien vollkommen falsch. Die Bemerkungen, die dem Staatssekretär Fall zugeschrieben werden, in denen er England des Vertrauensbruchs gegenüber den Vereinigten Staaten mit Bezug auf Mexiko und die Petroleumkonzessionen beschuldigt, entsprechen ebenfalls nicht den Tatsachen.

Australien und England. (Eigener Drahtbericht.) London, 15. April. Nach einer Neutermeldung aus Melbourne scheint während der Erörterung über die Frage des Ministerpräsidenten Hughes der Führer der australischen Arbeiterpartei es ab, Hughes freie Hand zu geben, der australischen Politik Groß-Britanniens zuzustimmen, da Australien ohne vorherige Beratung in einen Krieg verwickelt werden könnte. Wie verlautet, wird Hughes nicht nach England zur Konferenz der Premierminister gehen, wenn die australische Regierung keine bindende Versicherung erhält, daß während der Abwesenheit des Premierministers jeder Angriff auf die Regierung unterbleibt.

Ein Dorn im Auge. (Eigener Drahtbericht.) m. London, 15. April. Die Regierung hat die Einleitung für den Bericht der britischen

Mission, die die deutschen chemischen Fabriken im besetzten rheinischen Gebiet im Februar 1919 besuchte, veröffentlicht. Darin wird darauf hingewiesen, daß alle neuen von Deutschland während des Krieges errichteten Betriebe im Gegensatz zu den zahlreich derartigen, während des Krieges in England geschaffenen Einrichtungen von dauerndem Werte sind. Als der Waffenstillstand geschlossen wurde, habe Deutschland über eine wichtige Industrie verfügt, die große produktive Fähigkeiten gehabt habe wie vor dem Krieg. Das schnelle Emporkommen der britischen chemischen Industrie während des Krieges beweise, daß sie mit Deutschland in erfolgreicher Wettbewerb treten könne, falls die Umgestaltung auf einer genügend weiten Grundlage unternommen werde.

Oberkesseln. (Eigener Drahtbericht.) Paris, 15. April. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird die Oberschießliche Frage zweifellos demnächst vor die Votschaffter Konferenz gelangen. Es sei aber wahrscheinlich, daß die Lösung des Problems der Entschädigung des Obersten Rates anheimgestellt werde. Das erinnert daran, daß während der Verhandlungen der Friedenskonferenz wert vorge schlagen worden war, die Volksabstimmung erst nach dreijähriger Verwaltung Oberkessels durch die interalliierte Kommission stattfinden zu lassen. Man habe sich dahin geeinigt, daß die Abstimmung nach 18 Monaten erfolgen müsse. Es sei aber beschlossen worden, alle wünschenswerten Maßnahmen zu treffen, um die oberkesselsche Bevölkerung vom deutschen Druck (1) zu befreien. Namentlich habe man die Industrie-magnaten, die Großgrundbesitzer und die Lehrer entfernen wollen, die alle deutsche Propaganda treiben. Der Zweck dieser Behauptung des „Petit Parisien“ ergibt sich aus dem Zusatz, sehr wisse man aber, daß trotz der größten Aufmerksamkeit Einküsterungsmandat hartgefunden hätten. Die Schiedsrichter von 1921 würden sich also der Entscheidung erinnern, die 1918 getroffen worden war.

Esch-Vollbringen. (Eigener Drahtbericht.) Paris, 15. April. Die Agentur Havas tritt dem in Straßburg verbreiteten Gerüchte entgegen, der Ministerrat werde sich in seiner neuen Sitzung mit der Aufhebung des Oberkommissariats, sowie mit der Beilegung des Ausnahmezustandes, der in Esch-Vollbringen herrscht, befassen. Obwohl es augenscheinlich ist, daß die französische Regierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes sobald als möglich zu beenden wünsche, könne jedoch für den Augenblick nicht die Rede davon sein, an dem Sonderstatut, nach dem Esch-Vollbringen regiert werde, irgend eine Änderung vorzunehmen.

Die österreichische Anschlußfrage. (Eigener Drahtbericht.) Wien, 15. April. In der heutigen Sitzung des Nationalrates brachte der Groß-Deutsche Abgeordnete Dr. Dinghofer und Gen. eine dringende Anfrage wegen des Schrittes des französischen Gelandtes über angelegte auf den Anschluß an das Deutsche Reich hinzielende Umtreibe, die folgendermaßen lautet: Ist der Bundeskanzler geneigt, im Wege einer Interimslösung die Unabhängigkeit Österreichs hinsichtlich der Durchführung der Volksabstimmung über die Organisation Deutsch-Österreichs als ein Glied des Deutschen Reiches zu wahren? Ist er geneigt, die alliierten Mächte darauf aufmerksam zu machen, daß sich die Volksabstimmung durchaus im Rahmen des Artikels 88 des Friedensvertrages bewegt und deshalb von einer Verletzung des Friedensvertrages keine Rede

sein kann? Ist er geneigt, die Mächte darauf aufmerksam zu machen, daß von auf den Anschluß an das Deutsche Reich hinzielenden Umtreiben in Österreich überhaupt keine Rede sein kann und daß reichsdeutsche Kreise, insbesondere die deutsche Regierung der auf den Anschluß gerichteten Bewegung vollkommen fernstehen und daß diese Bewegung lediglich aus der seine Lebensinteressen schwer bedrohenden Lage der österreichischen Republik entstanden ist.

Verbot der Volksabstimmung in Tirol. (Eigener Drahtbericht.) e. Wien, 15. April. Der am Donnerstag von den Ententevertretern bei der deutsch-österreichischen Regierung unternommene Schritt, die Abstimmung in Tirol verbieten hat hier, und besonders in Tirol, in den anschlussfreundlichen Kreisen größte Empörung hervorgerufen. In Innsbruck wurde die Nachricht gegen 6 Uhr abends bekannt und es wurden sofort Demonstrationsversammlungen auf offener Straße abgehalten. In diesen wurde dem einmütigen Willen des Tiroler Volkes Ausdruck gegeben, die Abstimmung über den Anschluß unter allen Umständen durchzuführen, und damit zu zeigen, daß sich die Tiroler und das deutsch-österreichische Volk ihr Selbstbestimmungsrecht durch die Entente nicht rauben lassen. Für Freitag sind weitere große Kundgebungen angesetzt. Wie aus Regierungskreisen verlautet, wird die deutsch-österreichische Regierung die Abstimmung nicht verbieten, sondern lediglich die von den Ententevertretern übergebene Note der Tiroler Landesregierung übermitteln und dieser die Verantwortung über die von der Entente für den Fall der Durchführung der Abstimmung angebotene Einstellung der Lebensmitteladungen und der Abhängigkeit von Kredit abverlassen.

Das Habsburgergesetz im Nationalrat. (Eigener Drahtbericht.) m. Wien, 15. April. Der Nationalrat hat das sogenannte Habsburger-Gesetz, das heißt den von den Sozialdemokraten eingebrachten Entwurf über die irrefragablen Bestimmungen zu dem Gesetz über die Landbeserverweisung und der Habsburger mit 85 gegen 84 Stimmen abgelehnt. Dadurch ist eine Regierungsernte vermieden worden.

Hollands Haltung zur Ausfuhrabgabe. (Eigener Drahtbericht.) e. Amsterdam, 15. April. In holländischen Handelskreisen erwartet man, daß die niederländische Industrie keine Nachteile von Bedeutung infolge der 50prozentigen Abgabe auf deutsche Industrieerzeugnisse haben wird. Die Errichtung eines niederländischen Ueberseetriffs, wie er während des Krieges bestand, wird nicht geplant. Die Regierung wird ihr anfängliches Verbot an die Zollbeamten aufheben und ihnen erlauben, Erklärungen über den Ursprung der Waren zwecks Exports nach England abzugeben.

Amerikanisches Dumpinggesetz. (Eigener Drahtbericht.) e. London, 15. April. Aus New York wird gemeldet, daß im Abgeordnetenhause ein Gesetzentwurf eingebracht worden ist, wodurch auf Importwaren außer dem üblichen Einfuhrzoll auch noch die Preisdifferenz zwischen Verkaufspreis und dem amerikanischen Kostenpreis bezahlt werden muß.

Die „Abrüstung“ der amerikanischen Armee. (Eigener Drahtbericht.) Paris, 15. April. Nach einer Meldung der Havas-Agentur aus Washington hat der Staatssekretär des Krieges, Weeks, angekündigt, daß er die Bildung einer ständigen Armee von 175 000 Mann befürwortet werde. In der letzten Sitzung des letzten Kongresses hatte man sich nach heftiger Debatte auf 156 000 Mann geeinigt.

Theater und Musik.

Das volkstümliche Konzert, das von der Volkshöhne am Donnerstagabend in der Großen Festhalle veranstaltet wurde, stand im Zeichen der Romantiker. Mit der hinreichend gespielten Ouvertüre zu „Deron“ eröffnete das Landestheater-Orchester den genussreichen Abend, der insofern besonders Interesse verdiente, als Wilhelm Schweppe zum ersten Mal als Konzertdirigent fungierte. Auch in dieser Eigenschaft bewährte sich der tüchtige, vielverwendbare Kapellmeister aus Veste. Sowohl die Weberische Ouvertüre als auch Schuberts S-Moll-Sinfonie (die Unvollendete) erfuhr unter Schweppes sein abwägender, temperamentvoller Führung packende Wiedergabe. Besonders der erste Satz der Unvollendeten zeichnete sich durch vorzügliche Ausarbeitung, klänge Schöpfung und Frische aus. Auch die Ouvertüre zu „Tannhäuser“ gestaltete Schweppe, auf Veste unterstützt von dem hervorragend spielenden Orchester, außerordentlich wirkungsvoll.

Sollten des Abends waren Amalie Klöze und Emil Weimerhäuser. Die einheimische Pianistin spielte mit vornehmem künstlerischem Geschmac das Konzertsolo in S-Moll von G. W. von Weber. Im Violinkonzert in G-Moll von Mendelssohn-Bartholdy zeigte Konzertmeister Emil Weimerhäuser wiederum technische Reife und geschmackvollen Vortrag. Die gewandte, anspruchsvolle Begleitung durch das Orchester verdient ebenfalls Anerkennung. Der Orchester und seinem Dirigenten sowie den Solisten wurde herzlicher Beifall zuteil. S. W.

Neu-Anklingen. Im Musikverlag Feib Müller, Karlsruhe, erscheinen eine Reihe von Kompositionen Karlsruher Künstler, die nachdrückliche Empfehlung verdienen. Hans Vogel, der als Pianist, Dirigent, und Komponist geschätzte einheimische Künstler, hat ein neues Lied für eine Singstimme mit Klavier und Orgelbegleitung „Der Trauung“ geschrieben, das dank seiner vornehmen, warmherzigen musikalischen Sprache flüchtig viel Freunde finden wird. Auch von Klara

Saht ist ein „Trauungslied“ für eine Singstimme mit Klavier oder Orgelbegleitung erschienen, das die Besänge der rühmlichst bekannten Deutschen Konzerts aufweist. Eindringliche Melodie, aparte Begleitung sind die besonderen Merkmale dieser beachtenswerten Schöpfung.

Mit zum Besten, was Hermann Krieger auf dem Gebiete des Liedes schon geschaffen hat, gehört sein „Das Sonne im Regen“ für eine Singstimme mit Klavier. Die lebensgehenden Worte Edgar Maillands haben hier eine prächtige Vertonung erfahren. Prägnant, lebendig, bis zum hinreichenden, humpenartigen Ausklang ist dieses Lied, das erneut von der vornehmen, edelsten und gefühlvollen Kompositionsart Kriegers Zeugnis ablegt.

Im Musikverlag Franz Tafel, Karlsruhe, hat Max Klieber, der schaffensfrohe und erfolgreiche einheimische Komponist, ein neues Lied für eine Singstimme mit Klavierbegleitung „Was mich dein eigen sein!“ erdienen lassen, das in leichter, natürlicher Führung der Singstimme und wirksam untermalender Begleitung den Stimmungsgehalt der empfindungsvollen Worte Hans Hofmann voll erschöpft.

Der Meisterfinger-Verlag (Hugo Herbig) in Nürnberg bringt von H. G. Gersbacher, dem gleichfalls durch wertvolle Schöpfungen hervorragenden Karlsruher Komponisten, einen Satz aus dessen Violinkonzert op. 20. Dieser Satz (Voco lento), der anfänglich der Wälscher Woche hier erdient worden ist und damals tiefen Eindruck gemacht hat, gibt dank der schönen Führung der Geleitsstimme diesem Instrument eine dankbare Aufgabe. Auch die Begleitung zeigt den fein empfindenden Komponisten.

Kunst und Wissenschaft.

Von der Gelehrten-Internationale. In der letzten Gesamtsitzung der Berliner Akademie der Wissenschaften wurde die Einleitung des korrespondierenden Mitglieds der Akademie, Prof. Grifflth in Oxford vorgelegt, eines der englischen Gelehrten, der nicht darauf Wert gelegt hat, aus der preussischen Akademie auszuscheiden. Grifflth hatte seinen Bericht über die Erforder Ausgrabungen in Rußien nach Berlin gefandt.

Ablehnung des Neuporters Ehrenbürgerrechts für Eusein. Die Stadt Neuport beschloß, Prof. Albert Eusein, der jedoch dort ein-

getroffen ist, das Ehrenbürgerrecht zu verleißen — eine Auszeichnung, die viele illustre Besucher der Stadt in letzter Zeit erhalten haben. Die Verleihung scheiterte aber an dem Widerspruch des Stadtrats Bruce W. Falconer, der dem „Neuport Herald“ zufolge in der Sitzung der Stadtväter betonte, er habe nie etwas von der Relativitätstheorie gehört, und damit den Vorschlag, zu dem Einstimmigkeit gehört, zu Fall brachte. Er erklärte, sein Schritt habe mit religiösen Gründen nichts zu tun, aber einige Mitglieder bestanden darauf, sein Standpunkt sei antisemitisch und sie würden das bei der nächsten Wahl in seinem Bezirk geltend machen. Falconer entgegnete aber, diese Auszeichnung würde überhaupt zu häufig verliehen und er habe sie auch für den Erzbischof Mannix abgelehnt.

Technische Hochschule Karlsruhe. Für das Sommersemester 1921 sind folgende Lehrstühle erteilt worden: Dem Professor Dr. K. v. v. zur Abhaltung einer zweitägigen Vorlesung über die Elektrochemie der Gase; dem Professor Dr. Reiss für eine zweitägige Vorlesung über Kristallstruktur und Konstitution der Materie; dem Professor Dr. von Antropoff für eine zweitägige Vorlesung über Verflüssigung der Gase und Technik der tiefen Temperaturen.

Volkshochschule Karlsruhe.

Die Organisationen der Volkshochschule, der Handelshochschule und der Beamtenhochschule haben Vereinbarungen getroffen, die bei aller Erhaltung ihrer organisatorischen Selbständigkeit die Gemeinsamkeit ihrer Bestrebungen betonen und durch gegenseitige Hilfenahme bei der Ausführung ihrer jeweiligen Programme dem besten Ziele einer einheitlichen Gestaltung des Karlsruher Bildungswesens Bedienung tragen. Das Gesamtziel der Bildungsarbeit ist berart unter die drei Organisationen verteilt, daß den Volkshochschulen wesentlich Kunst, Technik, Natur- und reine Geisteswissenschaften, den Handelshochschulen Volkswirtschaft, Bürgerliches Recht, Handelsrecht und den Beamtenhochschulen Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Beamtenrecht vorbehalten bleiben.

Gleichsam als Unterbau und Vorbereitung zu diesen Hochschulen, deren Grundlage, wie schon ihr Name andeutet, trotz ihrer Allgemeinverständlichkeit durchaus wissenschaftlich ist, dienen die Abad. Volkshochschule

in deren Dienst sich eine große Anzahl hiesiger Studenten gestellt haben, um in selbstloser Arbeit den Unterricht zu leisten. Das gemeinschaftlich mit den Volkshochschulen verabschiedete Programm zeigt, wie reichhaltig der Tisch ist, den die Studenten fortbildungsbewußten Volksgenossen bedient haben. Durch die Vorkursgemeinschaft, die diese in erzieherischem Aufschwung begriffenen Abad. Volkshochschule mit den Volkshochschulen bereits im letzten Jahre geschlossen haben, ist also auch die dritte große Bildungsorganisation in das ideale Karlsruher Bildungswesen einbezogen. Eine jede äußere bürokratische Zentralisierung ist darüber bereits als Karlsruher Bildungsstellen in systematischer Überleitung einseitig aufgehoben. Die Oberkreise der verschiedenen Bildungsorganisationen unserer Stadt finden eine willkommene Ergänzung und Vertiefung ihrer Sonderinteressen in den Programmen der farctidartig angegliederten Einrichtungen.

Unter diesem Gesichtspunkte verdient das soeben veröffentlichte Programm der Volkshochschule besondere Beachtung. In der Woche vom 18.—25. April beginnt die diesjährige Frühjahrsreihe der Volkshochschule.

Bei der Auswahl der Vortragsthemen konnten diese mal mehr wie bisher Wünsche der Anstiehlnehmer Berücksichtigung werden. Es ist daher zu erwarten, daß der Verlauf der Kurse wiederum die hohen Jaitien der früheren Jahren erreicht. Darin liegt auch die wichtigste Sicherung des Fortbestandes der hiesigen Volkshochschule. Der Name Volkshochschule ist uns so mehr befechtigt, je mehr die Teilnahme aus den breitesten Schichten des Volkes stetig zunimmt. Die Teilnahme an den Kursen nehmen daher auch die Pflicht auf sich, unter ihren Volksgenossen selbst eine tätige Verbeerbteilung zu entfalten. Der Volkshochschulverband muß Gemeinnützigkeit des Volkes werden. Es ist das Ziel der Ausbreitung, die hiesigen Volkshochschule immer mehr zu verbreitern und zu vertiefen. Dieser Ausbau, den die oben erwähnte Vereinbarungen der Karlsruher Bildungswesens wirksam zu fördern vertritt, erstreckt aber in erster Linie die Mitarbeit des Volkes selbst, oft achte Ruf nach der Öffnung der Türen an den Bildungsgütern des Volkes soll hier Erfüllung finden. Die Volkshochschule wollen die unbellvolle Gemeinnützigkeit des Volkes und Angehörigen verankern machen. Jedermann unerachtet ist daher durch eigene Werbung und durch eigene Teilnahme. Die Anstiehl geben Anstiehl über alles Nähere. Zu weiteren Ausführungen ist die Geschäftsstelle der Volkshochschule (Hauptgebäude Ginoang Kollerstraße) jederzeit gerne bereit.

